

BESCHLUSS

XXVI. Bundesdelegiertenversammlung der VLK,
17./18. September 2010, Essen

Zukunft der kommunalpolitischen Fachzeitschrift "Das Rathaus"

1. Die VLK-Bundesdelegiertenversammlung empfiehlt, dass zum Erhalt der kommunalen Fachzeitschrift „Das Rathaus“ die VLK-Landesverbände gemeinsam dafür Sorge tragen, dass eine Mindestabonnentenzahl von 1.500 Exemplaren der Fachzeitschrift bis 30.06.2011 erreicht wird.
2. Als Grundlage für die vom jeweiligen Landesverband zu erreichende Soll-Anzahl von Abonnements wird die in der Anlage beigefügte Tabelle zugrunde gelegt. Alle zwei Jahre soll die Tabelle durch die VLK-Bundesgeschäftsstelle aktualisiert werden.
3. Der jeweilige VLK-Landesverband versucht, die auf sein Bundesland entfallende Mindestabonnentenzahl zu erreichen.

Begründung:

Die Fachzeitschrift „Das Rathaus“ ist seit vielen Jahrzehnten die Plattform zum Informationsaustausch für liberale kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie für Bundes- und Landesverbände der VLK. Wie bereits mehrfach in den Gremien der Bundes-VLK erörtert, ist die Abonnentenzahl für diese Zeitschrift in den letzten Jahren bedauerlicherweise so rückläufig, dass diese Zeitschrift für den Verleger Herrn Beleke seit Jahren ein Zuschussgeschäft ist. Nunmehr hat uns der Verleger mitgeteilt, dass er dringend um eine nennenswerte Aufstockung der Abonnentenzahl bittet, da ansonsten das Erscheinen der Zeitschrift über 2010/11 hinaus nicht gesichert werden kann, da sich die Verluste pro Jahr im hohen fünfstelligen Bereich bewegen. Diese eventuelle Einstellung der Zeitschrift wäre für die Arbeit der Bundes-VLK und der Landes-VLK ein herber Rückschlag, da wir dann im Gegensatz zur den kommunalpolitischen Verbänden von CDU, SPD und Grünen nicht mehr über eine eigene Kommunikationsplattform in Form einer Fachzeitschrift verfügen würden.

Die Angelegenheit ist auf der letzten Sitzung des Bundesvorstandes und des Kommunalpolitischen Beirates der VLK in Potsdam eingehend erörtert worden. Bundesvorstand und Kommunalpolitischer Beirat empfehlen, dass entsprechend der kommunalpolitischen Repräsentanz in den einzelnen Bundesländern Mindestabonnementzahlen festgelegt werden, um die bisherige Abzahl von rd. 900 Exemplaren auf mindestens 1.500 Exemplare zu steigern. Damit wäre ein Kompromiss gefunden, dass die Fachzeitschrift weitergeführt werden kann.

Es gilt nunmehr einen Weg zu finden, um bei der Gewinnung der notwendigen Mindestabonnentenzahl die VLK-Landesverbände in angemessener Weise zu beteiligen. Da die Zeitschrift „Das Rathaus“ ein Organ zur Information für alle liberalen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker ist, andererseits aber auch eine Plattform für die Aktivitäten der VLK darstellt, sollen beide Elemente, nämlich Anzahl der gewählten

Mandatsträger und VLK-Mitglieder, in gleichberechtigter Weise Grundlage für die Aktivitäten der einzelnen VLK-Landesverbände sein. Im Einzelnen ergibt sich folgendes:

- Da die Fachzeitschrift „Das Rathaus“ Kommunikationsplattform für alle liberalen kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in Deutschland ist, sind zunächst die Mandatsträger nach Maßgabe der Bundesstatistik der Bundesgeschäftsstelle (d. h. ohne Gemeindevorstände, Kreisausschüsse, Ortsbeiräte und Direktgewählte - hierfür liegen nicht ausreichend Dateien vor-) Bemessungsgrundlage.
- Weitere Bemessungsgrundlage sind die VLK-Mitglieder in den einzelnen Landesverbänden, deren Organisationsgrad im Verhältnis zu den Mandatsträgern sehr unterschiedlich ist.
- Als Bemessungsgrundlage für die Soll-Abo's wird der Durchschnitt von Mandaten und Mitgliedern zugrunde gelegt. Dadurch werden die VLK-Landesverbände mit geringem Organisationsgrad entlastet.
- Den Soll-Abo's wird die tatsächlich nach Maßgabe der Mitteilung des Verlages bestehende Anzahl der Abo's der Fachzeitschrift gegenüber gestellt und dadurch die Anzahl der fehlenden Abo's pro Landesverband ermittelt.
- Den einzelnen Landesverbänden werden vom Verlag Listen mit den konkreten Adressen der derzeitigen „Rathaus“-Bezieher zur Verfügung gestellt, damit erkennbar wird, welche Fraktionen in den einzelnen Landesverbänden bisher Bezieher der Zeitschrift „Das Rathaus“ sind und welche nicht.
- Der jeweilige Landesverband trägt Sorge dafür - ggf. auch durch Ansprache von FDP-Mandatsträgern auf Landes- bzw. Bundesebene -, dass die Soll-Abozahl innerhalb einer angemessenen Frist, d. h. bis Mitte des Jahres 2011, erreicht wird. Soweit dies nicht vollständig gelingt, verpflichtet sich der Landesverband die fehlenden Abo's unmittelbar über den Landesverband zu bestellen.

Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang erneut darauf hinzuweisen, dass die von den kommunalen Gebietskörperschaften zur Verfügung gestellten Mittel für die Fraktionsarbeit zulässigerweise für den Bezug von Fachzeitschriften, d. h. auch „Das Rathaus“, verausgabt werden können. Vor diesem Hintergrund sollte es für jede Fraktion möglich sein, den Jahresbezugspreis für „Das Rathaus“ in Höhe von 39,80 € zuzüglich 2,50 € Versandkosten über Sachmittel der Fraktion abzurechnen.

Mit dem vorgenannten Verfahren könnte für die Zeitschrift „Das Rathaus“ eine mittelfristige Perspektive geschaffen werden.